

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft

III/1996

Dialog
Wissenschaft – Gesellschaft – Politik – Kultur

Universitätsverlag Rasch Osnabrück

Friedensgespräch

23. März 1995

»Rüstungsexporte – Wem nützen sie?«

– Vortrag –

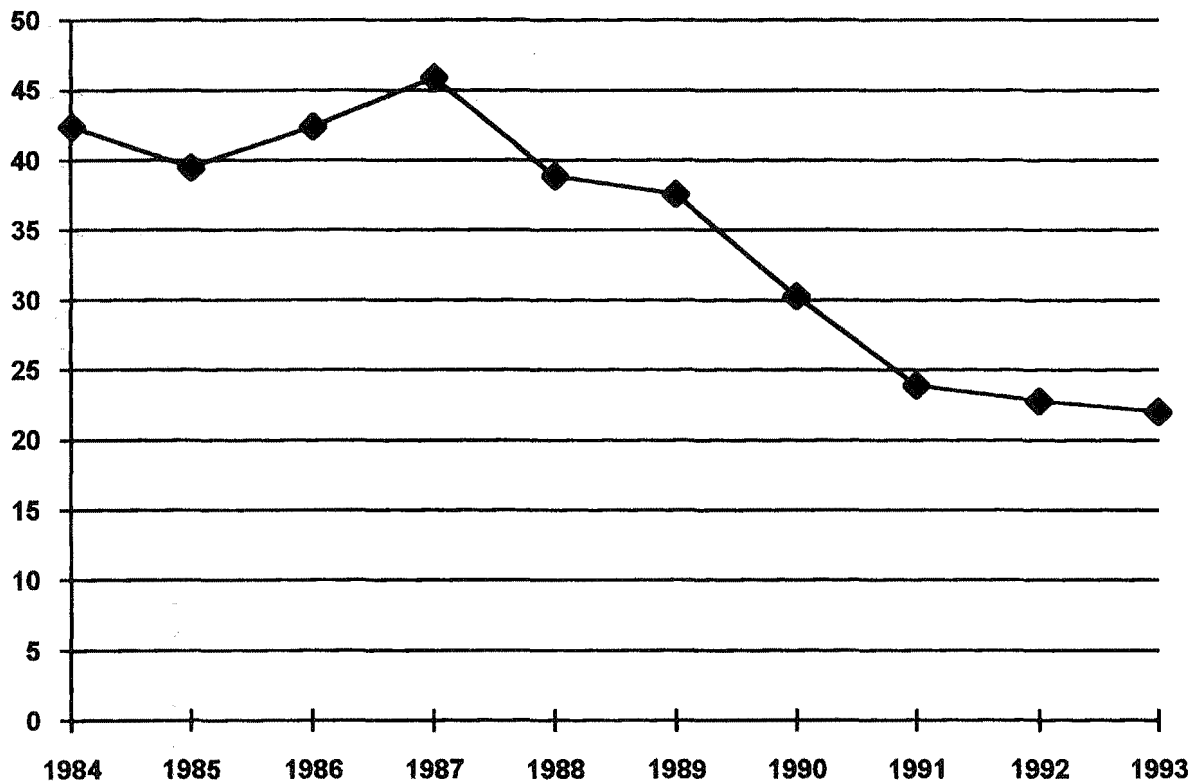
Dr. Herbert Wulf

Direktor des Bonn International Center for Conversion (BICC)

I. Die Ausgangssituation zu Beginn der neunziger Jahre

Der internationale Waffenhandel hat in den letzten Jahren erhebliche Einbrüche erlebt und ist rückläufig. Der Handel mit Großwaffensystemen halbierte sich zwischen 1987 und 1992 und scheint sich seit 1993 auf diesem Niveau zu stabilisieren, allerdings mit beträchtlichen Verschiebungen innerhalb der Gruppe der großen Waffenexporteure. Trotzdem werden weiterhin Waffen in die Kriegs- und Konfliktregionen der Welt geliefert. Der Handel mit Kleinwaffen – für den keine detaillierten Statistiken vorliegen – scheint zu florieren, und auch die Proliferation von Technologie zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen bereitet weiterhin Sorge.

Grafik I: Export konventioneller Waffensysteme (in Milliarden US-Dollar)



Quelle: SIPRI-Jahrbuch 1994.

Die Rüstungsindustrie erlebt eine doppelte Krise aufgrund rückläufiger nationaler Waffenbeschaffung und rückläufiger Exporte. Sie leidet unter erheblichen Überkapazitäten, die durch die Schließung von Betrieben oder Betriebsteilen, durch Entlassung von Personal, durch Konzentration auf nationaler und internationaler Ebene sowie (gelegentlich auch) durch Konversion abgebaut werden. Konversion ist eine konstruktive Form der Bewältigung der Krise, um negative soziale und wirtschaftliche Folgen abzuschwächen oder zu vermeiden.

Zwei Ereignisse des Jahres 1991 waren für die Entwicklung des Waffenhandels von nachhaltiger Bedeutung: der Golfkrieg und die Auflösung der Sowjetunion.

Im Golfkrieg konfrontierte der Irak die Mitglieder der Militärkoalition mit den Waffen, die Ost, West und Süd im Jahrzehnt zuvor geliefert hatten. Die Instrumente, die dem

Tab. I: Rüstungsembargos des UN-Sicherheitsrates

1948	Israel und arabische Länder (nicht bindend)
1961–1974	Portugal (Kolonialkrieg in Afrika) (nicht bindend)
1965–1979	Rhodesien
1977–1994	Südafrika
1990–	Irak
1991–	Konfliktparteien im ehem. Jugoslawien
1992–	Somalia
1992–	Libyen
1992–	Liberia
1992–1994	Haiti (zeitweise suspendiert)
1993–	Angola (Gebiete unter UNITA-Kontrolle)
1994–	Ruanda
1994–	Jemen
1994–	Afghanistan

Quelle: *SIPRI-Jahrbuch 1994*; Archiv des Verf.

Irak die Invasion Kuwaits ermöglichten, stammten fast ausschließlich aus den Ländern, die Anfang 1991 den Irak bekämpften.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion, die während der achtziger Jahre der größte Waffenlieferant der Welt war, hat die Frage aufgeworfen, wie der Waffenhandel in Zukunft kontrolliert wird. In der alten Sowjetunion gab die Regierung außenpolitischen Kriterien im Rüstungsexport eindeutig Vorrang. Unabhängig von der Zahlungsfähigkeit der Importeure lieferte die Sowjetunion vor allem an befreundete Länder. Heute erwarten die Rüstungsproduzenten Deviseneinnahmen. Die Kooperation in der Waffenherstellung und der Transfer von Waffen und Waffenkomponenten zwischen den ehemaligen Mitgliedern des östlichen Militärbündnisses brach zusammen. Bereits vor der Auflösung der UdSSR zeichneten sich Probleme im Waffenhandel ab: Was geschieht mit den überschüssigen Waffen? Wie kann die wirtschaftliche Lage ohne Erhöhung der Rüstungsexporte stabilisiert werden? Wie kann das Abwandern von Waffenspezialisten verhindert werden?

Diese beiden vorrangigen politisch-militärischen Ereignisse des Jahres 1991 lösten politische Debatten über den Waffenhandel aus. Nie zuvor diskutierten Regierungen in den letzten Jahrzehnten so ernsthaft über die Kontrolle des Rüstungsexportes. Das UNO-Waffenregister wurde eingerichtet, die ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates verhandelten (wenn auch bislang erfolglos) über Richtlinien zur Einschränkung des Waffenexportes. Ebenso arbeiteten die Mitglieder der Europäischen Union einheitliche Richtlinien zur Kontrolle von »dual-use«-Technologie aus. Mehr Waffenembargos als je zuvor wurden in den neunziger Jahren verhängt. Nationale Gesetze wurden auf ihre Lückenhaftigkeit unter die Lupe genommen und in einigen Fällen verschärft – so unter anderem in Australien, Belgien, Deutschland, Frankreich, Israel, Italien, Japan, in den Niederlanden und den USA. Rumänien und Ungarn führten 1991 erstmals Rüstungsexportkontrollgesetze ein. Wenn auch der Waffenexport der ehemaligen Sowjetunion kurzfristig drastisch zurückging, so verstärkte die Auflösung der Sowjetunion dennoch die Sorge über die Proliferation der Waffen. In den Depots der Streitkräfte befinden sich über-

schüssige Waffen, und die Manager der Rüstungsfabriken versuchen, die wirtschaftlichen Probleme durch verstärkte Rüstungsexporte zu lösen.

Schon vor den politischen Ereignissen von 1991 zeichnete sich der Rückgang des Waffenhandels ab. Einige Kriegsregionen wurden nicht mehr so intensiv mit Waffen versorgt (Afghanistan, Angola, Mosambik), Kriege wurden beendet (Kambodscha, Iran-Irak), die Sowjetunion fiel als großzügiger Militärhilfegeber aus, vor allem aber reduzierten einige der großen Waffenimportländer aufgrund finanzieller Schwierigkeiten ihre Rüstungsimporte. Weniger der Wille zu Abrüstung oder zur Kontrolle des Waffenhandels als vielmehr die knappen Mittel in den Importländern waren der wesentliche Grund für den drastischen Rückgang des Waffenhandels.



Dr. Herbert Wulf im Gespräch mit Bürgermeisterin Lioba Meyer

Photo: E. Scholz

Angesichts der finanziellen Engpässe in vielen Ländern ist nicht mit einer raschen Wiederbelebung des Waffenhandels zu rechnen. Allerdings könnten einige Faktoren eine Umkehr des Trends der letzten Jahre bewirken. Einmal befindet sich die Rüstungsindustrie in einer Krise. Firmenleitungen versuchen, oft mit Unterstützung ihrer Regierungen, ihre Unterauslastung der Kapazitäten durch Rüstungsexporte zu kompensieren. Ferner sind mit dem Ende des Kalten Krieges und der Beendigung einiger Kriege Waffen verfügbar geworden. Der KSZE-Vertrag in Europa beispielsweise löste innerhalb der NATO eine Kaskade an Waffentransfers aus. Rußland und auch andere Nachfolgestaaten der Sowjetunion verfügen über Zehntausende von Waffensystemen, die zum Teil für den Export bereitstehen. Deutschland exportierte bei der Vereinigung der beiden Deutschlands geerbte Waffenbestände der NVA.

Das Waffenregister der UNO

1991 beschloß die UNO-Vollversammlung die Einrichtung eines Registers für konventionelle Waffen. Die mit großer Mehrheit verabschiedete Resolution war eine Reaktion auf den Angriff Iraks gegen Kuwait. Auf Drängen vor allem der EU-Länder und Japans beschloß die UNO damals das Waffenregister, um nicht wieder durch destabilisierende Waffenlieferungen in eine ähnliche Situation zu geraten.

Es ist ein Vorgang von historischer Bedeutung, wenn auch zunächst ein bescheidener erster Schritt. Von 1925 bis 1938 existierte ein Waffenregister des Völkerbundes, das jedoch vor allem darauf ausgerichtet war, private Waffenhändler zu kontrollieren, während das UNO-Register legal von Regierungen importierte oder exportierte Großwaffensysteme registriert. Erstmals in der Geschichte der UNO waren sämtliche Mitglieder aufgefordert, ihre Exporte und Importe von Waffen für das Jahr 1992 an die UNO zu melden. Seither wurden zwei Jahresberichte der UNO vorgelegt. Es geht zunächst nicht darum, den Waffenhandel einzuschränken, sondern Transparenz über den Waffenhandel zu schaffen. Wer liefert an wen, wer kauft wo? Tatsächlich reichten mehr als 90 Regierungen ihren Bericht für 1992 und/oder 1993 ein. Die meisten meldeten, sie hätten in den sieben festgelegten Kategorien – Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, großkalibrige Artillerie, Kampfflugzeuge, Kampfubschrauber, Kriegsschiffe und Raketen und Raketenwerfer – weder exportiert noch importiert.

Wichtiger aber als die absolute Zahl der offiziellen Meldungen ist die Frage, ob die großen Rüstungsgeschäfte der letzten Jahre erfaßt sind. Von den Exporteuren der Großwaffen haben lediglich Nordkorea und Südafrika nicht gemeldet. Wie vollständig und wie ehrlich die Regierungen berichteten, ist damit noch nicht geklärt. Doch ein Vergleich mit dem seit 25 Jahren bestehenden SIPRI-Waffenregister zeigt eine beachtliche Übereinstimmung.

Weniger erfreulich als bei den Exporten ist die Berichterstattung über die Waffenimporte. Zwar kann die Öffentlichkeit aufgrund der Exportstatistik rekonstruieren, welches Land von woher welche Waffen importiert hat, doch der Philosophie des UNO-Waffenregisters, nämlich auf freiwilliger Basis Transparenz und auf diese Weise Vertrauen zu schaffen, ist damit nicht Genüge getan.

Von den rund 50 Ländern, die als Importeure von Waffen in den UNO-Kategorien bekannt sind, berichtete lediglich die Hälfte. Von der Gruppe der größten Waffenimporteure

Tab. II: Waffentransfers in den sieben Kategorien des UNO-Registers (Stückzahl)

Waffenkategorie / Jahr	Exporte		Importe	
	1993	1992	1993	1992
Panzer	2.494	1.719	1.522	1.202
gepanzerte Fahrzeuge	2.285	1.582	1.100	632
großkalibrige Artillerie	342	1.544	69	1.039
Kampfflugzeuge	384	253	339	195
Angriffshubschrauber	116	18	88	39
Schiffe	33	19	43	26
Raketen und Raketenwerfer	3.363	67.833	2.499	8.749

Quelle: United Nations Center for Disarmament Affairs. *Datenbank Waffenregister*.

teure fehlen unter anderem Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Ägypten (im Jahr 1993), Syrien, Kuwait, Iran und Bangladesch. Die Lücken der Berichterstattung aus dem Mittleren Osten und dem asiatisch-pazifischen Raum werden bei der UNO mit Sorge zur Kenntnis genommen. Denn diese beiden Regionen gehören zu dem Teil der Welt, in dem (im Gegensatz zu vielen anderen) noch kräftig gerüstet wird. Aber auch aus anderen Regionen der Welt, in denen weniger gerüstet wird, ließ die Berichterstattung zu wünschen übrig.

Neben fehlenden Berichten ist auch eine mangelnde Präzision in den Rapporten deutlich geworden. Oftmals unterscheiden sich die Angaben zwischen Exporteur und Importeur erheblich.

Alles in allem ist die Berichterstattung positiver ausgefallen, als Skeptiker befürchtet hatten. Die Waffentransferstatistik bietet einen ungefähren Überblick über die transferierten Waffen bestimmter Kategorien. Allerdings gelang 1994 die Erweiterung des UNO-Waffenregisters nicht. Nach der ursprünglichen Resolution aus dem Jahr 1991 sollte das Register 1994 ausgebaut werden. Nicht nur die Exporte und Importe wären dann zu melden, sondern ebenso die inländische Produktion für die Beschaffung der eigenen Streitkräfte und der Waffenbestand in den Streitkräften selbst. Bislang ist es den Regierungen überlassen, ob und in welcher Form sie diese Meldungen machen. Eine UNO-Kommission konnte zu dieser Erweiterungsstufe 1994 keine Einigkeit erzielen. Damit bleibt vorerst offen, ob es jemals einen amtlichen Bericht der weltweit produzierten, gehandelten und in den Streitkräften vorhandenen Waffen (bestimmter Kategorien) geben wird. Das UNO-Waffenregister ist somit zunächst im wesentlichen ein Waffentransferregister.

II. Die Politik der Importeure: zwei Fallstudien

2.1. Die Folgen des Golfkrieges für den Waffenhandel

Seit Anfang der siebziger Jahre – ermöglicht durch die erhöhten Öleinnahmen – ist der Nahe Osten die größte Waffenimportregion der Welt. Rund ein Viertel (zeitweise sogar bis zu 40 Prozent) der weltweit exportierten Waffen ging dorthin. Saudi-Arabien, der Irak (bis 1990), Ägypten, Israel, Syrien und der Iran gehören zu den wichtigsten Kunden der Rüstungsindustrie.

Wie im Weltmaßstab nahm das Waffengeschäft bis 1987 auch im Nahen Osten deutlich ab: Von über 15 Milliarden Dollar im Jahr 1987 sank der Import konventioneller Großwaffensysteme der Nahostregion auf unter 5 Milliarden Dollar im Jahr 1991. Danach – sicherlich auch als Folge des zweiten Golfkrieges – erhöhten sich die Importe aus der Region wieder, obwohl der Irak als einer der größten Importeure der achtziger Jahre weiterhin mit einem Waffenembargo belegt ist.

Allerdings kam es nicht zu den riesigen Geschäften, die unmittelbar nach dem Golfkrieg durch die Presse geisterten. Von zweistelligen Milliarden-Dollar-Rüstungsexporten allein aus den USA und der Rettung der Industrie durch Exporte in den Nahen Osten war die Rede. Der Anstieg während der letzten Jahre war erkennbar, aber nicht drastisch.

Bei den gelegentlich sensationell aufgemachten Meldungen wurde übersehen, daß es sich in der Mehrheit um Rüstungsgeschäfte handelte, die bereits lange vor dem Golfkrieg abgeschlossen worden waren, über viele Jahre liefen und wegen des Krieges beschleunigt abgewickelt werden sollten. Außerdem fiel die Sowjetunion als Lieferant komplexer Großwaffensysteme in den Jahren 1990 bis 1993 fast völlig aus. Sowjetische Exporte in

den Nahen Osten sanken von über fünf Milliarden Dollar im Jahr 1987 auf gut 100 Millionen Dollar im Jahr 1991. In der Rangfolge der Waffenlieferanten fiel die Sowjetunion vom ehemals ersten Platz – zumindest temporär – weit zurück.

Diese neue Entwicklung hat zwei Ursachen: erstens wird der Irak als früher wichtigster Kunde der UdSSR in der Region seit der Verhängung des Waffenembargos im August 1990 nicht mehr beliefert; zweitens bremste das politische und wirtschaftliche Chaos in Rußland den Waffenexport. Die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in der Presse geäußerten Befürchtungen über die Ausweitung des Waffenhandels der GUS-Länder ist zweifellos berechtigt. Kurzfristig war jedoch nicht ein Anwachsen des Waffenhandels, sondern ein drastischer Rückgang als Folge der politischen und wirtschaftlichen Verwerfungen zu registrieren. Doch inzwischen bemühen sich russische Waffenverkäufer eifrig um die Kunden in der Region, und zum Mißfallen der Regierung der Vereinigten Staaten beliefert Rußland heute wieder den Iran.

Der rückläufige Trend des Rüstungstransfers in den Jahren kurz vor dem zweiten Golfkrieg beruhte nicht auf politischer Einsicht in den Lieferländern, in das »Pulverfaß« Naher Osten keine Waffen mehr zu liefern. Ebensowenig war die Abrüstungsbereitschaft in der Region gestiegen, nachdem die bedrohliche Militärmaschinerie des Iraks weitgehend vernichtet worden war. Nach wie vor bestehen zahlreiche Konflikte in der Region, und die nur langsam in Gang gekommenen Friedensverhandlungen zwischen Israel und den arabischen Ländern zeigen, wie beschwerlich der Weg zur Konfliktbeilegung ist.

Ausschlaggebend für den Exportrückgang sind – neben den bereits erwähnten Liefer-schwierigkeiten der GUS-Länder und dem Waffenembargo gegen den Irak – vor allem die finanziellen Engpässe in den Importländern. Ägypten und Israel sind auf amerikanische Militärhilfe, Syrien ist auf saudische Unterstützung angewiesen. Saudi-Arabien selbst verfügt über geringere Öleinnahmen als früher.

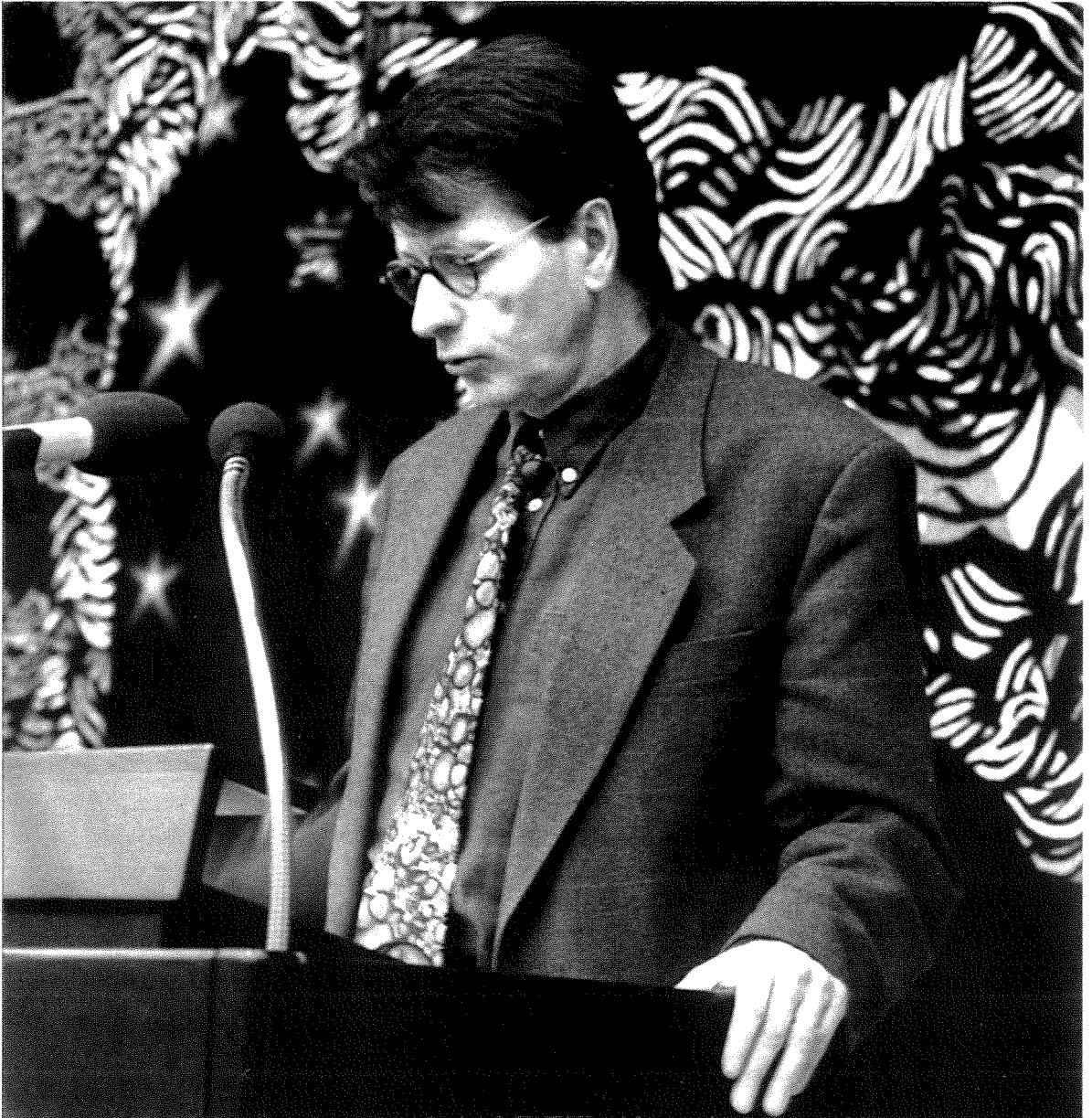
2.2. Waffen für den Krieg in Jugoslawien

Viele Waffenstillstandsabkommen wurden zwischen den Kriegsparteien im ehemaligen Jugoslawien vereinbart, doch nach jedem neuen Abkommen ging der Krieg weiter. Trotz des Waffenembargos der Vereinten Nationen ist den Kriegsgegnern bislang nicht die Munition ausgegangen.

Warum konnte der Schießkrieg nicht durch das Waffenembargo gestoppt werden? Wieso konnten offene Kampfhandlungen mit Härte, Haß und Brutalität weiter ausgeführt werden? Woher stammen die Kampfflugzeuge, Panzer, Lastwagen und Maschinengewehre, die im Krieg eingesetzt werden?

Vier Gründe sind dafür maßgebend, daß das Waffenembargo so wenig Wirkung zeigte:

- Der erste und wichtigste Grund: Jugoslawien verfügte vor dem Krieg über eine bedeutende einheimische Rüstungsindustrie, die in Serbien, Kroatien und Bosnien konzentriert war. Die Kapazität reichte hin, kurzfristige Beeinträchtigungen durch das Waffenembargo zu kompensieren.
- Der zweite Grund für den zumindest kurzfristig ausbleibenden Erfolg des Waffenembargos ist der Schwarzmarkt. Der Handel vor allem mit Kleinwaffen blühte; das Embargo wurde und wird unterlaufen. Die wirtschaftliche Krise der Rüstungsbranche trägt dazu bei, daß auch mit illegalen Mitteln Geschäfte gemacht werden.
- Der dritte Grund schließlich für die fehlende Durchschlagskraft des Embargos ist die Art der Kriegführung selbst. Anders beispielsweise als im Krieg gegen den Irak, schlugen die Kriegsgegner in Jugoslawien keine Materialschlachten mit Zehntausen-



Dr. Herbert Wulf während seines Vortrags im Ratssitzungssaal des Rathauses

Photo: E. Scholz

den von Kampfflugzeugeinsätzen. Es ist ein brutaler und schmutziger Krieg, in dem Tausende Menschen getötet oder hingschlachtet werden. Nur wenige der in diesem Krieg eingesetzten Waffen werden dabei jedoch zerstört. Es ist ein Krieg, unter dem vor allem die Zivilbevölkerung zu leiden hat.

- Viertens schließlich verfügte vor Beginn des Krieges die serbisch dominierte Bundesarmee über rund 180.000 Soldaten, bestens ausgerüstet mit fast 2.000 schweren Kampfpanzern, rund 1.400 gepanzerten Mannschafts- und Gefechtsfeldwagen, über 4.000, wenn nicht gar 5.000 Geschützen unterschiedlichen Kalibers, 150 Kampfflugzeugen, fast 200 Hubschraubern, vier Fregatten und knapp sechs Dutzend Patrouillen- und Küstenschutzbooten. Das schwere Gerät – soweit in den achtziger Jahren importiert – stammt zu 90 Prozent aus der Sowjetunion, der Rest aus Frankreich, den USA, Kanada, Rumänien und der Schweiz.

III. Die Politik der Rüstungsexporteure: Das Beispiel Deutschland

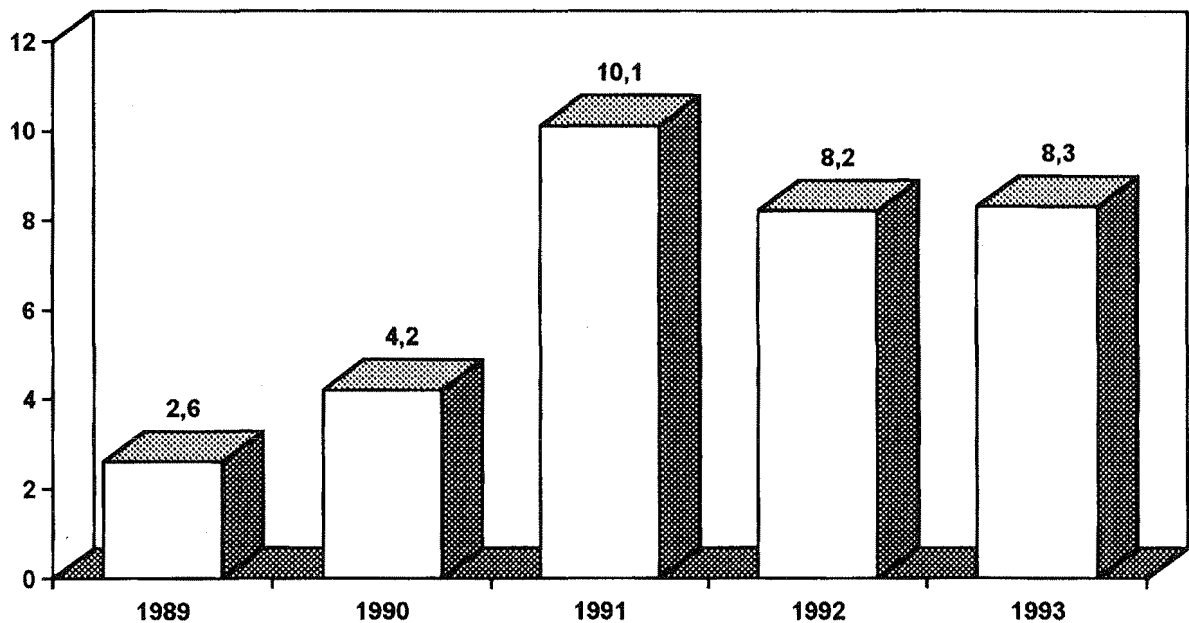
Daß die Lehren aus der Aufrüstung des Irak nicht lange gefruchtet haben, zeigt die heutige Politik der Waffenexporteure. Die USA sind inzwischen zum dominanten Exporteur aufgestiegen und für rund die Hälfte der Lieferungen konventioneller Großwaffen verantwortlich. Im Februar 1995 verabschiedete die Clinton-Regierung eine neue Richtlinie zum Rüstungsexport. Nach inneramerikanischen Streitigkeiten während der letzten 18 Monate hat die Regierung entschieden, auch in Zukunft keine Restriktionen anzuwenden, wie sie von der amerikanischen Abrüstungsbehörde gefordert worden waren. Im Kern bedeutet die jetzt verabschiedete Richtlinie, daß Entscheidungen ad hoc getroffen werden und die Regierung flexibel auf die Wünsche der Käufer reagieren kann. Als Begründung wird unter anderem angegeben, Restriktionen würden Präsident Clintons Politik der Schaffung neuer Arbeitsplätze unterlaufen. Die Rüstungsindustrie hat die Entscheidung mit Befriedigung aufgenommen.

Ähnlich auch die Politik Frankreichs. Verteidigungsminister Léotard forderte im Februar 1995 sämtliche Verteidigungsexperten des Landes auf, den französischen Rüstungsexport aktiv zu fördern. Die Streitkräfte, die staatliche Rüstungsbeschaffungsbehörde DGA und die Waffenlieferanten sollten nach Auffassung Léotards in einer koordinierten Anstrengung für einen Rüstungsexportboom sorgen.

Obwohl in Deutschland restriktivere Gesetze gelten als in den meisten Rüstungsexportländern, ist in den letzten Jahren viel an Waffen und anderem militärischen Gerät exportiert worden.

Deutschland lag nach den Daten des UN-Waffenregisters in den Jahren 1992 und 1993 an zweiter und nach SIPRI-Angaben an dritter Stelle im Rüstungsexport. Dies ist zu einem beträchtlichen Teil auf den Export von ehemaligem NVA-Gerät zurückzuführen. Allerdings ging die Mehrzahl der Waffen an NATO-Länder oder an befreundete Staaten in Europa.

Grafik II: Deutscher Anteil an den Weltwaffenexporten (nur konventionelle Großwaffen) in Prozent



Quelle: SIPRI Jahrbuch 1994

Im Rahmen der Auflösung der Militärblöcke und der Vereinigung der beiden deutschen Staaten übernahm die Bundeswehr eine ganze Armee, die Nationale Volksarmee der DDR. Für die zahlreichen übernommenen Waffen, die früher und auch in den Verhandlungen über konventionelle Waffen in Europa zum Bestand der Warschauer Vertragsorganisation (WVO) gehörten, war nun die Bundeswehr verantwortlich. Immerhin mußten zigtausend Waffensysteme und Geräte sowie Munition, Uniformen u. a. übernommen werden – eine Aufgabe, die bislang ohne Beispiel war. Die Bundeswehr konzentrierte sich zunächst auf die Erfassung und Sicherung der NVA-Bestände.

Tab. III: Geschätzte Waffenbestände der NVA (Stückzahl)

Kampfpanzer	2.342
gepanzerte Fahrzeuge	6.639
Artillerie	2.465
Kampfhubschrauber	87
Kampf- und Trainingsflugzeuge	394
Kriegsschiffe	69
Fahrzeuge (einschl. Anhänger)	100.000
Maschinengewehre, Gewehre, Pistolen u. ä.	ca. 1.200.000
Munition (Tonnen)	ca. 300.000

Quelle: Ottfried Nassauer. »The Heritage of the NVA«. *BICC brief 4* (1995); nach: Deutscher Bundestag, Unterausschuß »Streitkräftefragen in den neuen Bundesländern«, Sekretariat. *Zahlenangaben Bundeswehr in den neuen Bundesländern*. Bonn, 11. Mai 1992, 5ff.

Die Bundeswehr ordnete die Waffen in drei Kategorien:

- Kategorie 1: Waffen, die von der Bundeswehr übernommen werden. Ein typisches Beispiel für diese Kategorie sind die MiG 29 Kampfflugzeuge.
- Kategorie 2: Vorläufig von der Bundeswehr übernommen, weitere Evaluierung erforderlich. Ein typisches Beispiel für diese Kategorie sind Mi-8 Transporthubschrauber, die später ausgemustert wurden.
- Kategorie 3: Überschußmaterial. Die Mehrzahl der Waffen fiel in diese Kategorie: 98% aller Kampfpanzer, alle Kampfbomber, 95% der gepanzerten Fahrzeuge und 95% der Artilleriesysteme. Die Waffen wurden für folgende Zwecke verwendet: Übernahme durch das Innenministerium oder die neuen Länder, Export an ausländische Streitkräfte, Militärhilfe, Austausch zwischen Geheimdiensten, Humanitäre Hilfsprogramme, Verschrottung oder Demilitarisierung der Geräte und Verkauf, Verwendung in Ausstellungen und Museen sowie für Manöverzwecke der Bundeswehr.

Ein großer Teil des Gerätes ging in den Export, u. a. nach Ägypten, Belgien, Estland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Guinea, Indonesien, Kanada, Kasachstan, Lettland, Litauen, Malta, Niederlande, Rußland, Schweden, Spanien, Tunesien, Türkei, Ukraine, Ungarn, Uruguay, USA, Zypern und an die Vereinten Nationen.

Zwei Gründe für die sehr weit gestreuten Exporte waren maßgeblich. Erstens bestand bei vielen Ländern ein großes Interesse, die ehemaligen sowjetischen Waffen für Testzwecke zu erhalten oder um bestehende Arsenale aufzufüllen. Diesen Wünschen kam die Bundesregierung sehr häufig nach – vor allem bei befreundeten Ländern. Zweitens ließen sich durch den Export sowohl Verschrottungskosten sparen als auch – wenngleich nicht in besonderem Umfang – Deviseneinnahmen erzielen.

Tab. IV: Anzahl der exportierten deutschen Waffen 1992–93

Waffenkategorie	Stückzahl	davon NVA-Gerät	Anteil NVA- Gerät in %
Panzer	382	139	36.4
gepanz. Fahrzeuge	525	247	47.0
Artillerie	459	459	100.0
Kampfhubschrauber	2	1	50.0
Kampfflugzeuge	106	13	12.3

Quelle: Nassauer, »Heritage«.

Tab. V: Geschätzte Einnahmen aus dem Verkauf von NVA-Gerät

Jahr	Einnahmen in Mio. DM
1990–1993	595.1
1994 (Schätzung)	535.3
1995 (Schätzung)	278.3
1996 (Schätzung)	92.1
1997 (Schätzung)	16.0
<i>Total</i> (Schätzung)	<i>1.516.8</i>

Quelle: Nassauer, »Heritage«.

IV. Transfer von Rüstungstechnologie

Der in den oben erwähnten Zahlenangaben beschriebene Rückgang des Waffenhandels verfälscht die Realität des Rüstungsgeschäfts. Der Transfer von »dual-use«-Technologie ist in den Statistiken nicht ausgewiesen. Andere Geschäftspraktiken, die die Waffenexportkontrollen unterlaufen oder wirkungslos machen, wurden bislang nicht erwähnt. Vier Tendenzen, die sich in letzter Zeit verstärkt haben, müssen berücksichtigt werden, um einen systematischen Überblick über die internationalen rüstungswirtschaftlichen und rüstungspolitischen Beziehungen zu erhalten:

1. Internationale Koproduktion von Waffen: Nationale Alleingänge in der Waffenproduktion sind heute weitgehend unmöglich geworden bzw. im wesentlichen auf die USA beschränkt. Immer häufiger treffen Regierungen und Firmen internationale Abkommen zur Durchführung gemeinsamer Rüstungsprojekte, sowohl innerhalb der Industrieländer als auch zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Sehr häufig ist der Export eines Waffensystems nur dann möglich, wenn die Exporteure bereit sind, Lizenzen für die Herstellung zu vergeben. Oft führt diese internationale Kooperation zum Aufbau oder Ausbau von Rüstungsproduktionskapazitäten zu einem Zeitpunkt, da weltweit bereits große Überkapazitäten vorhanden sind. Nur ein geringer Teil der

dann produzierten Waffen wird statistisch als Rüstungstransfer erfaßt, weil einerseits die exportierte Technologie und das Know-how nicht als Rüstung definiert sind und andererseits bei solchen Kooperationen nicht komplette Systeme, sondern vor allem Komponenten und Subsysteme transferiert werden.

2. Die Internationalisierung der Rüstungsfirmen: Rüstungsfirmen haben bereits auf die veränderten Rahmenbedingungen reagiert und sich unter anderem zu internationalen Teams zusammengeschlossen oder fusioniert. Kapitalverflechtungen innerhalb der Rüstungsindustrie waren in der Vergangenheit eine Ausnahme. Falls sich dieser Trend fortsetzt, wird in Zukunft ein Teil der heute registrierten Rüstungsexporte zu firmeninternen Transfers. Für die Kontrolle des Rüstungsexportes bedeutet diese Entwicklung, daß wirksame Kontrollen lediglich im Land der Endmontage des Waffensystems durchgeführt werden können.
3. Modernisierung vorhandener, statt Kauf neuer Waffen: Durch die derzeitige Haushaltssituation und steigende Preise für moderne Waffensysteme verursacht, versuchen Rüstungsbeschaffungsbehörden in zunehmendem Maße, den Lebenszyklus großer Waffensysteme durch Modernisierung zu verlängern, statt neue Systeme zu kaufen. Die Lieferung der für die Modernisierung erforderlichen Komponenten, vor allem Avionik, Elektronik, Bordcomputer, neue Triebwerke usw., wird häufig nicht als Rüstungstransfer erfaßt bzw. politisch als weniger problematisch angesehen als die Lieferung neuer moderner Systeme.
4. Der Export von »dual-use«-Technologie: Die irakische Invasion Kuwaits und die Information der UN-Inspektionen vor Ort nach Beendigung des Golfkrieges haben nicht nur Regierungen, sondern sogar der breiten Öffentlichkeit die Problematik der Lieferung militärisch und zivil verwendbarer Technologie (»dual-use«) bewußt gemacht. Der Irak hatte mit Hilfe von Technologielieferungen, besonders aus Westeuropa und hier vornehmlich aus Deutschland, einen Rüstungskomplex aufgebaut, der nicht nur auf die Herstellung konventioneller Waffen beschränkt war. Die Grenzen zwischen rein militärisch und zivil verwendbarer Technologie sind fließend. Eine Trennung gar zwischen offensiver oder defensiver, letaler oder nicht letaler Technologie ist praktisch unmöglich. Letztlich ist nicht die Technologie selbst, sondern deren Anwendung entscheidend. Die Erfahrungen mit dem Irak zeigen, daß nicht nur einige illegale Geschäfte zum Aufbau des Rüstungskomplexes beigetragen haben, sondern vor allem amtliche Genehmigungen für Technologieexporte.

Das Problem ist nicht auf den Irak beschränkt, sondern genereller Art. Zivile Technologie mit möglicher militärischer Verwendung erhalten alle Länder der Welt aus Deutschland. Der tatsächliche Einsatz dieser Technologie ist kaum zu kontrollieren.

Der eigentliche Waffenhandel ist vermutlich weniger problematisch (zumal er in den letzten Jahren rückläufig war) als die bewußte oder billigend in Kauf genommene Umgehung der Kontrollen durch die beschriebenen vier Entwicklungen.

Waffen werden heute weniger aus politischen Motiven exportiert, wie dies zur Zeit des Ost-West-Gegensatzes der Fall war. Vielmehr sollen mit ihnen Interessenssphären erhalten oder Großmachtansprüche durchgesetzt werden. Heute steht das wirtschaftliche Interesse der Rüstungsindustrie im Vordergrund. Die gebeutelte Industrie versucht – oft mit Unterstützung der sie fördernden Regierung – an fast jedermann, der zahlen kann, zu verkaufen. Allerdings stehen heute weniger Finanzmittel für den Waffenimport zur Verfügung als in den siebziger und achtziger Jahren. Außerdem machen die Regierungen der Industrie mit Angeboten aus den Überschubbeständen der Streitkräfte auf den enger werdenden Märkten Konkurrenz.